

Herr Dr. Jürgen Zastrow	CDU
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Peter Krebs	Auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen- Rhein-Erftkreis

Verwaltung

Frau Dr. Anne Bunte	Vertreterin der Gesundheitsverwaltung
Herr Dr. Reinhard Heitkamp	
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner	
Herr Stephan Neuhoff	
Frau Johanna Preßmar-Cuber	
Herr Christian Rahmfeld	
Frau Beigeordnete Henriette Reker	
Herr Bernd Rosenberger	
Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller	

Schriftführerin

Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katrin Barion	GRÜNE
--------------------	-------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Michaela Diers	AIDS-Hilfe Köln e.V.
---------------------	----------------------

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt in ihrer neuen Funktion alle Anwesenden zur 9. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014. Besonders begrüßt sie die neue Gesundheitsdezernentin Frau Reker und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

Sie fragt die Ausschussmitglieder, ob es Einwände zu der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung gebe.

RM Frau Gärtner bittet, die Punkte 5.3 – Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Arbeitstitel: „1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg“ in Köln Marienburg und 5.6 – Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Löschgruppe Dellbrück mit angeschlossener Rettungswache (FWG Dellbrück) am Standort Urnenstraße 7, Gemarkung Thurn-Strunden, Flur 70, Flurstück 1342 – Planungsbeschluss, in die nächste Sitzung zu vertagen, da am 16.12.2010 die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses sich die beiden Örtlichkeiten ansehen wollen. Die Ergebnisse der Ortstermine sollten abgewartet werden.

Die Ausschussmitglieder sind mit den Vertagungen einverstanden.

Der Gesundheitsausschuss ist mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzungen einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

0.1 Vorstellung der Substitutionsambulanz des Gesundheitsamtes

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Chemie im Dialog
Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 06.07.2010
3406/2010
- 2.2 Fast 2.000 Seniorinnen und Senioren besuchten die 2. Aktionstage "gesund & mobil im Alter"
hier: Anfrage von SE Frau Stiller in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 16.11.2010
5167/2010
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Beschlussvorlagen**
- 5.1 Köln - Stadt der Vielfalt
Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes
3130/2010
- 5.2 Annahme von Geldspenden des Vereins "wir helfen: der unterstützungsverein von m. dumont schauberg e.v." (wir helfen) zur Unterstützung von "JUSCH - Jung und Schwanger" sowie der Erweiterung der technischen Ausstattung des B.O.J.E.-Busses
4397/2010
- 5.3 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg
3361/2010

- 5.4. Einrichtung einer Koordinationsstelle für ein MRE-Netzwerk (Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung multiresistenter Erreger in sowie Verbesserung der Schnittstellen zwischen den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung) für die Stadt Köln
3267/2010

MRSA-Schnelltest bei Aufnahme in städtische Kliniken zur Drs. 3267/2010
AN/2301/2010

- 5.5. Verbesserung der medizinischen Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler hier: Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 04.11.2010
4798/2010

Änderungsantrag zu TOP 5.5 - Medizinische Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler
AN/2295/2010

- 5.6. Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Löschgruppe Dellbrück mit angeschlossener Rettungswache (FWG Dellbrück) am Standort Urnenstraße 7, Gemarkung Thurn-Strunden, Flur 70, Flurstück 1342
hier: Planungsbeschluss
4102/2010

- 5.7. Teilsanierung der Heizungsanlage der Feuerwache 5, Scheibenstrasse 13
4885/2010

- 5.8. Verlängerung der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger als Bestandteil einer integrierten Substitutionsambulanz
3261/2010

6 Mitteilungen

- 6.1. Drei Kölner Gesundheitsprojekte vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW gewürdigt
4840/2010

- 6.2 Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung in Köln 2008 und 2009
4812/2010
- 6.3 Lenkung des Notrufes "112" aus benachbarten Ortsnetzen
3986/2010
- 6.4 1. Förderung entwicklungsgestörter Vorschulkinder und Schulkinder mit Teil-
leistungsstörung
2. Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
3202/2010
- 6.5 Anfrage der FDP-Fraktion zu Kinderarmut / Wohnverhältnisse
4943/2010
- 6.6 Einbindung der Hilfsorganisationen in den bodengebundenen Rettungsdienst
vom 01.02.2011 bis 03.10.2011, 7:30 Uhr, in Form von Interimsverträgen
5048/2010

7 Mündliche Anfragen

- 7.1 Kaum Hilfen für alternde Fixer
- 7.2 Passivhausbauweise bei Schulbauten
- 7.3 Pädiatrisches Notfalllineal

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

Keine

0.1 Vorstellung der Substitutionsambulanz des Gesundheitsamtes

Die Vorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich bei Herrn Dr. Heitkamp für den interessanten und aufschlussreichen Vortrag und bittet, die Präsentationsunterlagen der Niederschrift beizufügen (*Anlage 1*).

Anschließend werden die noch offenen Fragen der Ausschussmitglieder RM Frau Schmerbach, RM Herrn Peil, RM Herrn Paetzold, SB Frau Houben, RM Herrn Dr. Strahl, RM Frau Gärtner und SE Frau Stiller zur Beschlussvorlage TOP 5.8 – Verlängerung der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger als Bestandteil einer integrierten Substitutionsambulanz – von der Verwaltung umfassend beantwortet.

Da die Ausschussmitglieder für die Beratung und Abstimmung der als Tischvorlage vorliegenden Beschlussvorlage im Rat weitere Erläuterungen zur Finanzsituation benötigen, wird die Verwaltung gebeten, kurzfristig den Fraktionen eine ergänzende tabellarische Übersicht "Aufwand und Ertrag" zur Verfügung zu stellen.

(Anmerkung der Schriftführerin: Die gewünschte Aufstellung wurde am Folgetag, den 08.12.2010 den Fraktionen zur Verfügung gestellt.)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Chemie im Dialog

**Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 06.07.2010
3406/2010**

RM Frau Gärtner bedankt sich für die ausführliche Beantwortung und bittet, die Mitteilung auch der Bezirksvertretung Chorweiler vorzulegen.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bittet darüber hinaus, sie auch dem Ausschuss Umwelt und Grün vorzulegen.

**2.2 Fast 2.000 Seniorinnen und Senioren besuchten die 2. Aktionstage "gesund & mobil im Alter"
hier: Anfrage von SE Frau Stiller in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 16.11.2010
5167/2010**

SE Frau Stiller bedankt sich für die umgehende Beantwortung ihrer Anfrage.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 2*) vorgelegte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

5.1 Köln - Stadt der Vielfalt Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes 3130/2010

SE Frau Röhrig merkt an, dass die Erwerbs- bzw. Arbeitslosen in diesem Konzept nicht mit berücksichtigt wurden. Dieser Personenkreis sollte nicht ausgegrenzt werden.

Herr Rahmfeld erläutert, die Verwaltung habe sich an das Antidiskriminierungsgesetz gehalten und die Gruppen aufgenommen, die dort benannt seien.

RM Herr Peil begrüßt das Konzept und merkt an, dass es gewisse Schnittmengen zum Integrationskonzept aufweise. Seine Fraktion habe den Wunsch, dass beide Konzepte im Rahmen der Weiterentwicklung zusammengeführt oder Schnittmengen besser benannt werden.

Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach hält es für sinnvoll, dass der Diversity-Ansatz bei allen bisher beschlossenen Konzepten wie z.B. dem Integrationskonzept etc. überprüft werde.

SE Frau Röhrig bedauert es nochmals, dass bestimmte Gruppen ausgegrenzt werden. Es gehe hier doch um die „Stadt der Vielfalt“, deshalb halte sie es für nicht angemessen, dass die Verwaltung sich nur an die gesetzlichen Vorgaben gehalten habe.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bringt folgenden geänderten Beschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt mit den Ergänzungen zu beschließen:

Der Rat nimmt den vorliegenden Sachstandsbericht zustimmend zur Kenntnis und erklärt sich mit der geplanten weiteren Vorgehensweise zur Erstellung eines Diversity-Konzepts für die Stadt Köln einverstanden.

Dabei soll der Diversity-Ansatz bei allen bisher beschlossenen Konzepten, wie Integrationskonzept etc., überprüft werden. Zu gegebener Zeit soll darüber ein Sachstandsbericht vorgelegt werden.

Die weitere Entwicklung des Diversity-Konzeptes soll haushaltsneutral erfolgen. Zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen müssen für die Erarbeitung nicht bereit gestellt werden, da die weiteren Maßnahmen von den beteiligten Dienststellen im Rahmen der bestehenden Aufgaben durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Annahme von Geldspenden des Vereins "wir helfen: der unterstützungsverein von m. dumont schauberg e.v." (wir helfen) zur Unterstützung von "JUSCH - Jung und Schwanger" sowie der Erweiterung der technischen Ausstattung des B.O.J.E.-Busses
4397/2010**

SB Frau Houben bedankt sich für diese Unterstützung, da damit sichergestellt sei, dass diese Arbeit weiterhin durchgeführt werden kann.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Spendenannahme

- A. zur Unterstützung junger schwangerer Frauen, junger Mütter und jungen Familien in Höhe von 60.000 € sowie
- B. zur Erweiterung und Reparatur der technischen Ausstattung des umgebauten Linienbusses (B.O.J.E.-Bus) in Höhe von 23.409,29 €

zu.

Der Rat bedankt sich ausdrücklich im Namen der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere im Namen der betroffenen Klientel für diese Spenden bei „wir helfen“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)

**Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg
3361/2010**

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss vertagt die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.4 Einrichtung einer Koordinationsstelle für ein MRE-Netzwerk (Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung multiresistenter Erreger in sowie Verbesserung der Schnittstellen zwischen den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung) für die Stadt Köln
3267/2010**

Die Ausschussmitglieder begrüßen die Beschlussvorlage der Verwaltung und bedanken sich für diese Verwaltungsinitiative. Es handele sich um ein gutes Konzept, wobei besonders die wissenschaftliche Anbindung an das Hygieneinstitut der Universität Bonn aber auch eine überörtliche Zusammenarbeit positiv bewertet werden.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Übernahme der Kosten für die Einrichtung und den laufenden Betrieb einer Koordinationsstelle für ein MRE-Netzwerk (Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung multiresistenter Erreger in sowie Verbesserung der Schnittstellen zwischen den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung) für die Stadt Köln.

Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, einen Dienstleistungsvertrag für die Dauer von zunächst vier Jahren mit dem Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit der Universität Bonn abzuschließen. Die mit der Umsetzung verbundenen haushaltsmäßigen Auswirkungen in Höhe von 105.000 € p. a. ab 2011 wurden im Rahmen der Erstellung des Doppelhaushaltes 2010/2011 sowie der mittelfristigen Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2012 ff berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**MRSA-Schnelltest bei Aufnahme in städtische Kliniken zur Drs.
3267/2010
AN/2301/2010**

Nach der Beschlussfassung der Verwaltungsvorlage begründet SB Frau Houben ihren Änderungsantrag (*Anlage 3*) und ergänzt, dass der Schnelltest sich auf alle Kölner Kliniken beziehen sollte.

Im Anschluss daran entsteht eine lebhafte Diskussion der Ausschussmitglieder RM Herrn Paetzold, RM Herrn Peil, RM Frau Gärtner, SE Frau Stiller, SB Frau Houben, SE Herrn Dr. Krebs, SE Herrn Dr. Zastrow und RM Frau Schmerbach über den FDP-Änderungsantrag und dabei insbesondere um die Frage, ob der Gesundheitsausschuss den Kliniken diese mit entsprechenden Kosten verbundene dringende Empfehlung geben könne und sollte. Die Bearbeitung dieser Problematik sei bereits im Aufgabenkatalog der Koordinierungsstelle enthalten.

Alle sind sich einig, dass z.B. auch die Alten- und Pflegeheime mit der gleichen Problematik konfrontiert seien.

Nach längerer Diskussion ändert SB Frau Houben ihren Antrag wie folgt ab:

Beschluss:

Die Kliniken in Köln werden angehalten, noch im Jahr 2011, MRSA-Schnelltests bei der Aufnahme ihrer Patientinnen und Patienten einzuführen und anzuwenden.

Weitergehend ist ein Maßnahmenkatalog in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt zu erarbeiten, welcher einfach umsetzbare, kostengünstige, aber effektive hygienische Maßnahmen gegen typische Infektionen im Klinikbereich auflistet und Strategien empfiehlt.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Als nächstes bringt Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach den von RM Herrn Paetzold formulierten Antrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss bittet die Verwaltung, als erste Arbeitsschritte im Rahmen des MRE-Netzwerkes das MRSA-Screening in allen Kölner Kliniken zu fördern und einen Maßnahmenkatalog mit den Kliniken zu erarbeiten und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.5 Verbesserung der medizinischen Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler hier: Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler vom 04.11.2010
4798/2010**

RM Frau Gärtner begründet kurz den CDU-Antrag. Sie ist der Auffassung, dass der Beschlussvorschlag und die Alternative des Beschlussvorschlages, so wie im CDU-Änderungsantrag formuliert, zusammengefasst werden sollten.

RM Herr Paetzold ist gleicher Ansicht. Er schließt sich der Sorge der Bezirksvertretung Chorweiler im Hinblick auf die schwierige Situation der medizinischen Versorgung in Chorweiler an. Trotzdem könne die Verwaltung alleine nicht viel bewirken. Daher sei die Arbeitsgruppe der Kommunalen Gesundheitskonferenz gefordert. Die SPD-Fraktion habe die Verwaltung gebeten, ansiedlungswilligen Ärztinnen und Ärzte in dieser Hinsicht auch in den anderen problematischen Bezirken größtmögliche Unterstützung zu geben.

RM Herr Peil befürwortet diese Aussage und hofft, dass der Beschluss erfolgreich sei. Er bittet die Verwaltung, in einem ½ Jahr dem Ausschuss einen Sachstandsbericht vorzulegen.

SE Herr Dr. Zastrow appelliert an die Verwaltung zu prüfen, wie die Radiologen in Chorweiler unterstützt werden könnten.

SB Frau Houben wäre erfreut, wenn die Bemühungen der Kommunalen Gesundheitskonferenz zügig zum Erfolg führen würden. Sie wisse, wie wichtig eine wohnortnahe medizinische Versorgung sei. Deshalb begrüße sie auch die Formulierung des CDU-Antrages.

Frau Dr. Bunte bestätigt, dass es ein Gespräch zwischen der Stadtverwaltung und den niedergelassenen Radiologen gegeben habe. Hierbei standen baurechtliche Probleme im Vordergrund.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung wie im Antrag (*Anlage 4*) der CDU-Fraktion abgeändert werden soll.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bringt den folgenden geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat den folgenden geänderten Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz erarbeiteten Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler den politischen Gremien zur Kenntnis und ggf. Beschlussfassung vorzulegen.

Der Rat beauftragt ferner die Verwaltung mit der zeitnahen Entwicklung und Umsetzung eines Handlungskonzeptes, das eine intensive Zusammenarbeit des Gesundheitsamtes mit anderen städtischen Ämtern ermöglicht. Zielsetzung hierbei soll sein, tragfähige Lösungen für den Verbleib, den Ausbau bestehender bzw. die Ansiedlung neuer Arztpraxen im Bezirk 6 gemeinsam mit den betroffenen Ärzten zu finden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**Änderungsantrag zu TOP 5.5 - Medizinische Versorgung im Stadtbezirk
Chorweiler
AN/2295/2010**

RM Frau Gärtner bittet den geänderten Beschluss der Bezirksvertretung Chorweiler zur Kenntnis zu geben.

Beschluss:

Siehe abgeänderter Beschlussentwurf in der Verwaltungsvorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.6 Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Löschgruppe Dellbrück mit angeschlossener Rettungswache (FWG Dellbrück) am Standort Urnenstraße 7, Gemarkung Thurn-Strunden, Flur 70, Flurstück 1342 hier: Planungsbeschluss
4102/2010**

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss vertagt die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.7 Teilsanierung der Heizungsanlage der Feuerwache 5, Scheibenstrasse
13
4885/2010**

RM Herr Dr. Strahl weist auf einen Artikel in der heutigen Ausgabe einer Zeitung hin. Danach soll die Feuerwache Scheibenstraße für 20 Millionen Euro renoviert werden. Er möchte von der Verwaltung wissen, in welchem Zusammenhang hier die Teilsanierung der Heizungsanlage stehe.

Herr Neuhoff erläutert, dass die Feuerwache mit drei Heizkesseln gebaut wurde, von denen noch zwei existieren. Einer davon müsse nun erneuert werden. Die Maßnahme soll so durchgeführt werden, dass alle neuen Einbauten bei der geplanten Generalsanierung weiter verwendet werden können.

RM Dr. Strahl fragt ergänzend nach, ob die Kosten für den Heizkessel in den 20 Millionen Euro enthalten seien.

Herr Neuhoff antwortet, dass es sich bei den Gesamtsanierungskosten um eine grobe Berechnung handle. Die Kosten der jetzigen Teilsanierung seien jedoch getrennt davon zu sehen.

RM Herr Brust sieht die Notwendigkeit des neuen Kessels. Er weist darauf hin, dass der Rat im Rahmen der Energieleitlinien beschlossen habe, bei größeren Objekten über 100 KW, die Prüfung eines Blockheizkraftwerkes (BHKW) vorzusehen. Er gehe davon aus, dass bei der anstehenden Generalsanierung diese Prüfung vorgenommen werde.

RM Herr Brust spricht ebenfalls den heutigen Zeitungsartikel an. Danach solle für die Übergangszeiten der Sanierung ein Container aufgestellt werden. Er möchte wissen, ob es möglich sei, zuerst die Aufstockungen vorzunehmen, damit dann das Personal während der weiteren Maßnahmen dort untergebracht werden könnte. Somit bestehe die Möglichkeit, die Container-Kosten einzusparen.

Herr Neuhoff erwidert, dass die Raumsituation in der Branddirektion Scheibenstraße inzwischen so schwierig geworden sei, dass dieser Container baldmöglichst benötigt werde. Er wäre dann auch für die Zeit des Umbaus des Hauptgebäudes als Raumreserve vorgesehen.

Herr Neuhoff spricht sein Bedauern über den erwähnten Zeitungsartikel aus und erläutert die Hintergründe. Es war nicht vorgesehen, dass die Ausschussmitglieder auf diesem Weg über die Sanierung informiert werden. Zur Gesamtmaßnahme wird dem Gesundheitsausschuss voraussichtlich in der nächsten Sitzung der Planungsbeschluss vorgelegt werden.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit einer Teilsanierung der Heizungsanlage der Feuerwache 5, Scheibenstr. 13, 50737 Köln an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.8 Verlängerung der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger als Bestandteil einer integrierten Substitutionsambulanz
3261/2010**

Ein intensiver Meinungsaustausch zu dieser Beschlussvorlage (*Anlage 5*) fand im Anschluss an den Vortrag zu TOP 0.1 – Vorstellung der Substitutionsambulanz des Gesundheitsamtes - statt.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss schiebt die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

**6.1 Drei Kölner Gesundheitsprojekte vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW gewürdigt
4840/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis und gratuliert der Verwaltung zum 3. Preis für das „Kölner Bündnis gesunde Lebenswelten“ und zu der Aufnahme der Projekte Clearingstelle und jusch in die Landesinitiative „Gesundes Land Nordrhein-Westfalen – innovative Projekte im Gesundheitswesen“.

**6.2 Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung in Köln 2008 und 2009
4812/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**6.3 Lenkung des Notrufes "112" aus benachbarten Ortsnetzen
3986/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**6.4 1. Förderung entwicklungsgestörter Vorschulkinder und Schulkinder mit
Teilleistungsstörung
2. Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
3202/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Dr. Bunte beantwortet die Nachfrage von SB Frau Houben zu der „Aufteilung der Kinder auf unterschiedliche Ärzte“ in der Frage 2.

RM Herr Paetzold bedankt sich bei der Verwaltung für die sehr informative Mitteilung.

**6.5 Anfrage der FDP-Fraktion zu Kinderarmut / Wohnverhältnisse
4943/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

SB Frau Houben spricht ihren Dank für die ausführliche Darstellung der Situation aus.

6.6 Einbindung der Hilfsorganisationen in den bodengebundenen Rettungsdienst vom 01.02.2011 bis 03.10.2011, 7:30 Uhr, in Form von Interimsverträgen 5048/2010

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 7*) umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Herr Gaida möchte von der Verwaltung wissen:

- Ist sichergestellt, dass das Vergabeverfahren fristgerecht beendet wird und gibt es wertungsfähige Angebote?
- Wird es ggfs. weitere Interimslösungen mit den Hilfsorganisationen geben?

Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner erläutert den Ablauf des Ausschreibungsverfahrens in der jetzigen Form sowie die bisher aufgetretenen Hemmnisse. Es liege eine nicht unerhebliche Anzahl von verwertbaren Angeboten vor. Sollte das Verfahren nunmehr problemlos durchlaufen, könnte der Termin 03.10.2011 gehalten werden.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Kaum Hilfen für alternde Fixer

RM Frau Gärtner referiert kurz aus einen Artikel im Kölner Stadtanzeiger vom 12.11.2010, in dem darauf hingewiesen werde, dass es im Bereich der alternden Fixer größere Probleme bei der Versorgung geben würde. Sie möchte von der Verwaltung zur nächsten oder übernächsten Sitzung wissen, wie diese das Thema einschätze und welche Angebote es speziell für diesen Personenkreis in Köln gebe.

Die Verwaltung sagt die Beantwortung zu.

7.2 Passivhausbauweise bei Schulbauten

RM Herr Brust hat gehört, dass das Gesundheitsamt bei der Passivhausbauweise sehr starke Auflagen mache, und zwar

1.

dass die Klassenräume nicht über 26 Grad warm werden dürfen.

Das hätte zur Folge, dass dort Kühleinrichtungen gebaut werden müssten, was den Schulbau in Zukunft enorm verteuern würde.

2.

dass die Raumluftkonzentration von CO₂ nicht über 1000 ppm steigen solle.

Dies sei in anderen Städten so nicht üblich und würde das Projekt für Köln erheblich verteuern. Das sei nicht die Absicht des Rates gewesen, als er dieses Passivhausprojekt beschlossen habe.

Zu 1. antwortet Herr Prof. Dr. Wiesmüller, dass eine Temperaturbegrenzung im Innenraum eines Kindergartens bzw. einer Schule in Passivhausbauweise weder vom Gesundheitsamt gefordert noch so beschlossen worden sei. Es gebe keine Temperaturvorgabe und auch keine Anforderungen für Kühlungsmaßnahmen. Im Gegenteil, das Gesundheitsamt schätzt die Kühlung von Innenräumen aus hygienischer Sicht kritisch ein. Vielmehr sollten entsprechende Maßnahmen im Ablauf der Betreuung in Kitas / des Unterrichtes ergriffen werden, damit letztendlich der Aufenthalt im Innenraum zuträglich gestaltet werden kann.

Zu 2. berichtet Herr Prof. Dr. Wiesmüller, dass es für CO₂ einen klaren Innenraumrichtwert des Umweltbundesamtes gebe, der bei 1000 ppm liegt. Dieser Richtwert werde zukünftig auch in anderen Normen zugrunde gelegt werden, so dass die Verwaltung langfristig mit diesem Wert arbeiten müsse. Deshalb sollte in der derzeitigen Phase bereits mit diesem Wert geplant werden.

Zudem gebe es Modellrechnungen die zeigen, dass eine Einhaltung von 1000 ppm CO₂ auch ohne die von Herrn Brust angesprochenen Mehrinvestitionen möglich sei. Dies sollte mit Besonnenheit geprüft werden.

RM Herr Brust bezweifelt, dass der CO₂-Richtwert 1000 ppm gesetzlich festgelegt werde. In einer Fachzeitschrift der Energie Agentur NRW werde zum Thema „Frischluft für Schulen“ ein Wert von 2000 ppm angegeben.

Herr Prof. Dr. Wiesmüller erklärt, das 2000 ppm für die Nutzer von Kindergärten und Schulen gesundheitlich nicht akzeptabel sei. Vom Gesundheitsamt durchgeführte CO₂-Messungen in der Passivhauschule Gemeinschaftsgrundschule Irisweg zeigten, dass die CO₂-Werte im Innenraum, wenn keine Fenster geöffnet werden, in gesundheitlich zu besorgende Konzentrationen ansteigen. Das könne nicht Ziel des Passivhausstandards für Kitas und Schulen sein. Zudem weist Herr Prof. Dr. Wiesmüller darauf hin, dass die Einhaltung von 1000 ppm nicht alleine durch die Lüftungsanlage,

sondern auch unter Berücksichtigung von Fensterlüftung, gewährleistet werden solle. Auch beim Passivhaus soll eine Fensterlüftung möglich sein.

7.3 Pädiatrisches Notfalllineal

SB Frau Houben fragt die Verwaltung, ob das Pädiatrische Notfalllineal bekannt sei und benutzt werde.

Prof. Dr. Dr. Lechleuthner weist darauf hin, dass dieses Notfalllineal von Herrn Dr. Jost Kaufmann entwickelt wurde, der bei der Berufsfeuerwehr Köln seit ca. 10 Jahren als Notarzt tätig sei. Derzeit werde geprüft, ob es anwendbar sei.